



Regierungsratsbeschluss vom 26. September 2023

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF; Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen; Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz; Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für volkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes; Vernehmlassung

P230910

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung.

Begründung

Das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen hat den Zweck, Fachpersonen im jeweils anderen Land den Zugang zu reglementierten Berufen zu ermöglichen. Die Konferenz der Kantonsregierungen KdK hat eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone erarbeitet. Dieser Stellungnahme schliesst sich der Kanton Basel-Stadt an. Sowohl Stellensuchende wie auch Arbeitgebende haben - auch wegen des Fachkräftemangels - ein grosses Interesse daran, dass gleichwertige Abschlüsse gegenseitig anerkannt werden bzw. das Bestimmen der Gleichwertigkeit geregelt ist.

